

Ausgangslage

Die sozialen und ökonomischen Folgen der aktuellen Krisen werden besonders für die Familien in unserem Land zu einer immer größeren Bedrohung. Die materielle Mehrbelastung durch rasant steigende Kosten für Lebensmittel, Anschaffungen und Energie wirft in vielen Familien und Lebensgemeinschaften existenzielle Nöte und strukturelle Zukunftsängste für ihren Lebensentwurf auf. Und selbst dort, wo kindliche Grundbedürfnisse wie ein warmes Mittagessen in Kindertageseinrichtungen oder Schulen bereits über Gemeinschaftsangebote gesichert werden müssen, setzt die Preisschraube an. Dies alles rüttelt mit Vehemenz am Fundament unserer Gesellschaft. Parallel zur direkten persönlichen Betroffenheit sind Eltern, Sorgeverantwortliche und Kinder ebenso mit offenen Fragen zu nationalen sowie internationalen Themen (bspw. Krieg, Flucht, Inflation, Solidarität, Sicherheit, Ökologie oder Migration) konfrontiert, die das Zusammenleben täglich herausfordern, Identitäten infrage stellen sowie Wohlbefinden und Entwicklungsprozesse massiv belasten.

Alle Familien bedürfen deshalb hier und jetzt – mehr noch als sonst und unabhängig von Herkunft, Lebensform, Bildungshintergrund oder Einkommen – beim *Doing Family* der gesellschaftlichen Unterstützung, Selbstvergewisserung und Beratung, um ihre sozialen Beziehungen gedeihlich leben, Existenzsicherung und Care-Aufgaben vereinbaren, ihre täglichen Gestaltungs- und Beteiligungsprozesse organisieren sowie ihre systemrelevanten Bildungs- und Betreuungsaufgaben bewältigen zu können.

Hierfür bereitstehende gemeinwohlorientierte Systeme (wie insbesondere die anerkannte Familienbildung) stehen bei der Erbringung ihrer familienunterstützenden Leistungen ebenso massiven systemischen Bedrohungen gegenüber. Auch hier sind gezielte staatliche Korrekturmaßnahmen zur Unterstützung und Sicherung bestehender Angebotsstrukturen das Gebot der Stunde. Anderenfalls führen Beitragserhöhungen für Familien als Adressat*innen und Nutzer*innen auf destruierte Weise zur Verengung von Zugängen, Reichweiten und Effekten – statt notwendigerweise Schwellen senken und bedarfsorientiert Hilfestellung organisieren zu können. Gegenwärtig konstatieren wir jedoch eine starke Fokussierung des Diskurses auf unmittelbare aber kurzfristige Maßnahmen, bei denen insbesondere Familien in besonderen Belastungssituationen (bspw. allein- oder getrennterziehende Eltern oder Familien im Transferleistungsbezug) häufig durch das Raster fallen.

Der **Progressive Eltern- und Erzieher*innen-Verband NRW** ist überzeugt, dass sich für Familien Wege aus den sich überlagernden Krisen auf Dauer nur über die Verbindung von Hilfen und Bildung für das *Heute* und das *Morgen* realisieren lassen. Ergänzend zu notwendigen staatlichen Eingriffen bei sozial unakzeptablen Preiserhöhungen (insbesondere der Energie- und Lebensmittelwirtschaft) bedarf es daher massiver Bildungsinvestitionen für Austausch, Reflexion, Wissens- und Kompetenztransfer, Erfahrung von Selbstwirksamkeit, Orientierung, Aufbau von Resilienz, Solidarität und die Motivation für neue Wege.

Forderungen

Wir fordern daher von den **im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen in Nordrhein-Westfalen** und insbesondere der **Landesregierung**

- den Einsatz für eine **vorgezogene Umsetzung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene**.
- Initiativen zur dauerhaften steuerlichen und zeitlichen **Entlastung aller pflegenden Personen**.
- eine deutliche **Aufstockung der Haushaltsansätze für familienunterstützende Leistungen** (wie Familienbildung, Familienerholung, Familienpflege, Familienberatung und Familien[selbst]hilfe).
- die **Bereitstellung von Sondermitteln** für mehrjährige flexible familienbezogene Bildungsprojekte.
- die **ressortübergreifende Installation einer beteiligungsorientierten Landesstrategie** zur guten Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Rahmen des Diskurses zur Ganztagsbetreuung.